

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Das neue Jahr hat begonnen, wie das alte endete: mit Ampelchaos. Christine Lambrecht warf ihr Amt als Bundesverteidigungsministerin hin. Ihr wurde nicht nur das unselige Silvesterinterview zum Verhängnis. Sie war von Anfang an ungeeignet für das Amt. Dass es Tage brauchte, bis Bundeskanzler Olaf Scholz einen Nachfolger fand, war mindestens ebenso peinlich. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius kann es eigentlich nur besser machen. Dass Scholz beim Lambrecht-Ersatz auf einem Landesminister zurückgreifen musste, unterstreicht allerdings den desaströsen Mangel an Fachleuten für Verteidigungspolitik in der SPD-Fraktion.

Pistorius muss jetzt auch für mehr Unterstützung der Ukraine sorgen. Scholz hat Deutschland mit der andauernden Weigerung, Kampfpanzer für die Ukraine freizugeben, im Kreise der Partner isoliert.

Als politisch schizophren präsentieren sich derzeit die Grünen. Erst stimmten die Grünen im Bundestag der Abbaggerung der Braunkohle unter der verlassenen Siedlung Lützerath zu. Dann reisten eine Grünen-Abgeordnete und –

Nachwuchsvertreter nach Lützerath, um die Umsetzung des eigenen Votums zu verhindern. Die Proteste bei Lützerath wurden auch zum Treffpunkt gewaltbereiter Chaoten. Eine Nagelprobe für den Rechtsstaat. Unfassbar war für mich auch, dass Eltern trotz der absehbaren Gefahren Kleinkinder nicht nur zur Demonstration, sondern auch in das besetzte Dorf mitnahmen.

Froh bin ich, dass wir als Unionsfraktion jetzt einen Antrag für bessere Hilfen für Patienten mit Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronischem Fatigue-Syndrom (ME/CFS) in den Bundestag einbringen konnten. Die neuroimmunologische Erkrankung geht für die Betroffenen oft mit einem hohen Grad körperlicher Behinderung einher. Das Ziel unseres Antrags, für den ich mich sehr eingesetzt habe: Aufbau von Kompetenzzentren und interdisziplinärer Ambulanzen für ME/CFS-Erkrankte fördern und die schulische oder berufliche Teilhabe auch für schwer Erkrankte ermöglichen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Sebastian Brehm

Bundesbehörde bei Abgabe der Grundsteuererklärungen säumig

Bis Ende Januar müssen Immobilieneigentümer ihre Grundsteuererklärungen abgeben. Obwohl die Abgabefrist schon einmal verlängert wurde, erweist sich ausgerechnet der Bund selbst –



Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

genauer gesagt die bundeseigene Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

(BImA) mit ihren rund 26.000 Liegenschaften – als besonders säumig. Das förderte jetzt eine Anfrage der Unionsfraktion zu Tage. Es werde wohl bis Ende September dauern, bis die BImA alle Grundsteuererklärungen eingereicht habe, musste das Bundesfinanzministerium einräumen.

Die Ausrede des Ressorts von Christian Lindner: Um den Anforderungen der Grundsteuerreform gerecht zu werden, sei bei der BImA eine umfangreiche Datenerhebung und -pflege erforderlich. Auch seien die wenigsten Immobilien der BImA Standardimmobilien, für die eine Grundsteuererklärung einfach und schnell erfolgen könne. Zudem seien rund 65 Prozent der BImA-Immobilien steuerbefreit, weil sie für einen öffentlichen Zweck genutzt werden. Immerhin sollen die ersten Erklärungen aber noch vor Ende Januar bei den Finanzämtern vorliegen, versichert das Ministerium.



Sebastian Brehm: „Ich erwarte vom Bundesfinanzminister zumindest, dass er die Finanzbehörden anweist, bei Grundsteuererklärungen nicht

gegen säumige Immobilienbesitzer vorzugehen, solange der Bund selbst seine Erklärungen nicht vollständig abgegeben hat. Für den Bund kann

es kein Sonderrecht auf verspätete Abgabe von Steuererklärungen geben. Eine Fristverlängerung für alle wäre das richtige Signal.“

Ampel sorgt für massiven Anstieg der Bürokratiekosten



Quelle: Deutscher Bundestag

Unter den unionsgeführten Bundesregierungen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Bürokratiekosten nicht nur einzugrenzen, sondern auch leicht zu senken. Nicht überragend viel, aber immerhin um 2,1 Milliarden Euro. Unter der Ampelregierung aber geht es jetzt massiv in die andere Richtung.

Der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft erhöhte sich in abgelaufenen Jahr um 6,7 Milliarden Euro auf 17,4 Milliarden Euro, berechnet der Nationale Normenkontrollrat in seinem jüngsten Bericht. 5,6 Milliarden Euro entfielen davon allein auf die Einführung des höheren Mindestlohns.

Auch für Bürgerinnen und Bürger erhöhte sich der Aufwand wieder - zum ersten Mal seit 2017/18. Die Mehrbelastungen wurden nahezu ausschließlich durch das Bauförderchaos von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ausgelöst.



Sebastian Brehm: „Viele Unternehmen stecken wegen drastisch gestiegener Energiekosten und Belastungen durch unsichere

Lieferketten ohnehin schon in der Kostenfalle. Doch statt für Entlastung zu sorgen, erfindet die Ampelkoalition immer neue Belastungen. Geschäftssinn und kreativer Unternehmergeist werden kleinreguliert. Das Ergebnis eines Standortvergleichs des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) verwundert mich da nicht: Platz 18 unter 21 Industriestaaten ist ein verheerendes Urteil. Lahme Ente statt Konjunkturlokomotive Europas. Die selbsternannte ‚Fortschrittkoalition‘ entpuppt sich als Schlusslichtkoalition.“

Ampelkoalition blockiert Cum-Ex-Aufklärung



Aktienhändler und Anwälte haben den Staat über Jahre mit sogenannten Cum Ex-Geschäften um einen dreistelligen Milliarden-Betrag

betrogen. Sie kassierten Rückerstattungen für Steuern, die sie nie bezahlt hatten. Die Aufarbeitung dieser Fälle beschäftigt nicht nur die Justiz. Auch politische Fragen sind offen. Sie betreffen u.a. den heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz. Es geht um seine Zeit als Regierungschef in Hamburg.

Ein Versuch von CDU und CSU, hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen, wurde jetzt von der Ampelkoalition im Bundestagsfinanzausschuss blockiert. Eine neuerliche Befragung von Scholz

scheiterte an der Ampelmehrheit. Bei FDP und Grüne, die sich vor der letzten Wahl noch als Stoßtrupp der Aufklärung präsentierten, ist inzwischen jedes Aufklärungsinteresse erlahmt.

Es geht um die Rolle, die Scholz und sein damaliger Finanzsenator Peter Tschentscher bei einer geplanten Steuerrückzahlung an das in den Cum Ex-Skandal verwickelte Bankhaus Warburg spielten. Die zweistellige Millionen-Summe wurde kurz nach einem Gespräch zwischen Warburg-Chef Christian Olearius und Scholz auf den Weg gebracht. Olearius hielt in seinem Tagebuch fest, dass Thema mit Scholz besprochen zu haben.

Scholz indessen präsentiert sich in Sachen Warburg und Cum Ex als große Gedächtnislücke. Er kann sich an nichts erinnern, bestreitet aber jede Einflussnahme. Allerdings musste er schließlich einräumen, Olearius an den Finanzsenator verwiesen zu haben, und auch zugeben, dass es nicht bei diesem einen Gespräch blieb.

Der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verhinderte am Ende die Steuerrückzahlung per Anordnung.

Erste Schülergruppe im neuen Jahr



In der zu Ende gegangenen Woche konnte ich die erste Schülergruppe aus Nürnberg in diesem

Jahr im Bundestag begrüßen. Nach dem Besuch einer Plenarsitzung entwickelte sich mit den Schülerinnen und Schülern der Rudolf-Steiner-Schule ein intensives Gespräch. Es ging um Klimaschutz ebenso wie um Wahlrechtsreform oder internationale Wirtschaftsbeziehungen. Leider stand im Zeitplan nur eine Stunde zur Verfügung; die aber wurde bis zur letzten Minute ausgenutzt. Die Schülerbesuche sind für unsere Demokratie von großer Bedeutung. Sie bieten nicht nur Gelegenheit zum Gespräch, sie vermitteln Schülerinnen und Schüler einen intensiven Eindruck von der parlamentarischen Arbeit und ihrem Umfeld.

Besuch in der Bäckerei



Spannende Betriebsbesichtigung in der Bäckerei
Brezen Kolb:
Herzlichen Dank für die Einladung in die Backstube und den spannenden Austausch über die

aktuellen Herausforderungen im Bäckerhandwerk. Als CSU im Bundestag stehen wir fest an der Seite unserer mittelständischen Bäckereien und kämpfen für bezahlbare Energie-

und Gaspreise. Als gebürtiger Nürnberger bin ich ein großer Fan dieser leckeren Brezen.

Goldene Eule für Markus Söder



Eine besonders ehrenvolle Aufgabe wurde mir als Ehrensator der Alten Großen Nürnberger Karnevalsgesellschaft 1904 e.V. zu Teil: Ich durfte die Laudatio zur Ordensverleihung „Goldene Eule am roten Bande“ an unseren bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder halten. Die Auszeichnung gab es nicht nur für seine großen Verdienste um unsere Heimatstadt Nürnberg, sondern vor allem auch für sein Engagement für den fränkischen Fasching.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.